

Ein ungehorsamer Polizist schreibt Geschichte ✓

Hans Weide spielte hinter den Kulissen eine wichtige Rolle beim Streit um das AKW Wyhl
 Von Daniela Nußbaum-Jacob

Ein Polizist ist in der Regel ein Sinnbild für dienstlichen Gehorsam und die Verkörperung der Interessen des Staates. Aber ein Polizist ist keine Maschine, sondern ein Mensch, der durchaus seine eigene Meinung über die Ereignisse hat, mit denen er sich beruflich auseinandersetzen muss. Meistens behält er die Meinung für sich und folgt seinen Befehlen. In ganz seltenen Fällen folgt allerdings ein Polizist seinen eigenen Prinzipien und nicht dem Automatismus des vorgeschriebenen Verhaltens. Einen solchen Fall gab es vor 40 Jahren in Lahr. Und diese Prinzipientreue hatte nachhaltige Folgen – nicht nur für den Polizisten selbst, sondern für sehr, sehr viele Menschen. Das waren auf der einen Seite die Polizeikollegen und auf der anderen Seite die Demonstranten. Sie standen sich 1975 in Wyhl gegenüber, wo der Bau eines Atomkraftwerkes geplant war.

Seit der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011 ist der Atomausstieg in Deutschland von Regierungsseite eine beschlossene Sache, die auch von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird. 80 Prozent halten den Ausstieg für richtig, nur acht Prozent für falsch und 12 Prozent sind unentschieden, wie aus der repräsentativen Umfrage „Meinungsklima Chemie“ hervorgeht, die für den Verband der Chemischen Industrie im September 2011 erstellt wurde und der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ vorliegt.

Das war in den 70er Jahren noch anders gewesen. Die Landesregierung Baden-Württemberg plante damals, das Rheintal zwischen Frankfurt und Basel solle „die Wirtschaftsachse überhaupt werden.“ (Baden-Württembergischer Staatsanzeiger 1972). Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL berichtete im Heft 14 vom 31.3.1975: Sachverständige seien der Ansicht, *„die Ebene (Anm. d. Autorin: des Rheines) solle freigegeben werden für die gewerbliche und industrielle Nutzung, während die Funktionen Wohnen, Erholung usw. in der Vorbergzone und in den Seitentälern angesiedelt werden sollten.“*

Und zu dieser geplanten Wirtschaftsachse gehörten Atomkraftwerke (AKWs), die viel Energie für die Bewohner und die geplante Industrie erzeugen sollten. Diese hochfliegenden Pläne wurden aber nicht

von allen Bewohnern des Rheintals begrüßt. Bereits 1972 wehrte sich die Kaiserstühler Bevölkerung, vor allem die Winzer, mit 65.000 Einsprüchen erfolgreich gegen ein geplantes AKW in Breisach. Daraufhin wurde 1973 die kleine Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl als neuer AKW-Standort ausgewählt. In dem kleinen Dorf, das 1970 gerade 2.689 Einwohner zählte, gab es dazu ein pro und contra, der geplante Bau spaltete die Bevölkerung bis hinein in einzelne Familien. Bei einer Abstimmung innerhalb des Dorfes votierten 55 Prozent mit Ja - nicht zuletzt weil der Gemeinderat im Wyhler Amtsblatt den AKW-Bau mit vielen Versprechungen über die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Bau eines Frei- und Hallenbades und einer möglichen Senkung der Beiträge und Steuer „versüßt“ hatte. Im Raum stand auch die Drohung, dass die Menschen notfalls enteignet würden, da das AKW ja ohnehin gesetzlich durchgedrückt werde. Da sei es besser, jetzt mitzumachen, weil es jetzt noch Geld für die Grundstücke gebe.

Es gab allerdings auch viele Kaiserstühler, die sich Gedanken darüber machten, welche Folgen der Bau eines AKWs für sie haben würde. *„Sie befürchteten, dass die Kondensdämpfe aus den Kühltürmen mehr Nebel über dem Rhein erzeugen und die Sonneneinstrahlung dadurch so reduziert wird, dass der Wein Öchsle-Grade verliert und der Tabak nicht mehr richtig reift; dass das zurückstromende Kühlwasser den Rhein derart übertemperiert; dass das biologische Gleichgewicht zerstört wird, zumal der Fluss durch das stromaufwärts gelegene französische Kernkraftwerk Fessenheim schon vorgewärmt ist; dass die Entnahme von 9,6 Millionen Kubikmeter Rheinwasser pro Tag den ohnehin zu niedrigen Grundwasserspiegel am Oberrhein so weit senkt, dass die Rheinauen versteppen und die Strahlenbelastung des zwei 3.765-Megawattblöcke umfassenden Werks trotz aller Sicherheitsvorkehrungen nicht doch eine Dosis erreicht, die Gesundheit und Leben von Pflanze, Tier und Mensch bedroht“*, schrieb DER SPIEGEL 14/1975.

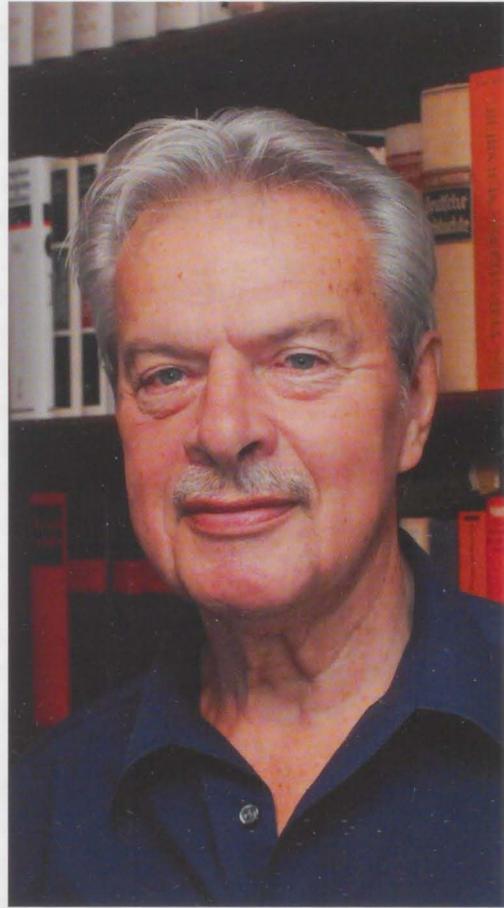
1974 wurden 96.000 Unterschriften gegen das geplante AKW beim Landratsamt Emmendingen abgegeben, Bürgerinitiativen gebildet, dabei gab es sogar einen Zusammenschluss von 21 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen. Unter denen, die dem geplanten Bau kritisch gegenüberstanden, war auch ein Polizist, Hans Weide aus Schwannau-Ottenheim. Der gebürtige Kasseler war 1964 durch den Aufbau der Bereitschaftspolizei (Bepo) nach Lahr gekommen. Schon ein Jahr später zog er nach Ottenheim, lebt seither in der Riedgemeinde und engagierte sich hier auch schon bald im Vereinsleben und im Ortschafts- und Gemeinderat. Da Fragen des Natur- und Umweltschutzes schon immer zu seinen Interessensgebieten zählten, hatte Weide

die Diskussion über das geplante AKW in Wyhl eingehend verfolgt. Er ging zu Versammlungen – die ersten waren noch im evangelischen Pfarrhaus in Weisweil – und informierte sich über den AKW-Bau und seine möglichen Folgen sowie über die Sorgen der Kaiserstühler Bevölkerung. *„Je mehr ich erfuhr, desto mehr war ich davon überzeugt, dass die Einheimischen mit ihren Bedenken gegen das AKW richtig liegen“*, betont er. Auch an Demonstrationen nahm er teil, gab sich dabei aber immer als Polizist zu erkennen und warb sogar um Verständnis für seine Kollegen (*„Die tun doch nur ihre Pflicht“*).

Der damals 38-Jährige, der als Lehrer, Ausbilder und taktischer Führer der Bereitschaftspolizei arbeitete, versteckte seine Ansichten auch nicht vor seinen Arbeitskollegen. Auf seinem Auto prangte der blaue Aufkleber *„Stoppt die Atomkraft, kämpft für das Leben“* und er bezog auch in Gesprächen klar gegen den geplanten Bau Stellung. Dabei nahm er in Kauf, dass er teils offen angefeindet und von den Vorgesetzten mündlich verwarnt wurde. Aber sie konnten nicht beweisen, dass er gegen seine Dienstpflicht verstoßen hatte. Allerdings machten sie ihm das Leben schwer, obwohl Weide nur das gegen das Atomkraftwerk tun wollte, was nicht verboten war.

Die Gegner des geplanten AKW-Baues beließen es nicht beim Demonstrieren, sondern beschritten den Rechtsweg. Nachdem am 22. Januar 1975 das baden-württembergische Wirtschaftsministerium die erste Teilerrichtungsgenehmigung für den ersten Block des Atomkraftwerkes bei Wyhl erteilt hatte, reichten die Gemeinden Sasbach, Forchheim, Endingen und Weisweil sowie Einzelpersonen Klage beim Verwaltungsgericht in Freiburg ein. Später kam auch die Stadt Lahr als Klägerin hinzu. Solche Klagen vor dem Verwaltungsgericht haben normalerweise eine aufschiebende Wirkung, das bedeutet, der Verwaltungsakt (in diesem Fall die Teilerrichtungsgenehmigung und damit der Baubeginn) kann erst vollzogen werden, wenn die Klage dagegen von dem Gericht abgewiesen wurde.

Es gibt jedoch eine Ausnahme und von der machte die Landesregierung in diesem Fall Gebrauch: Die Regierung kann den sofortigen



Hans Weide
Aufn. Horst Künstle

Vollzug des Verwaltungsaktes anordnen, wenn dies im öffentlichen Interesse geboten erscheint. Sie führte als Begründung an, dass ohne das AKW eine nicht wieder zu schließende Lücke in der Stromversorgung des Landes entstehen würde. „*Ohne das Kernkraftwerk Wyhl werden zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen*“, sagte Ministerpräsident Hans Filbinger 1975 im Stuttgarter Landtag.

Die Gegner des Atomkraftwerkes zogen nochmals vor Gericht und beantragten, die aufschiebende Wirkung der Klage wiederherzustellen. Daraufhin bat das Verwaltungsgericht die Betreiberfirma, die Kernkraftwerk Süd GmbH, eine Tochtergesellschaft des Badenwerks, bis zur Entscheidung über diesen Antrag mit dem Baubeginn zu warten. Die Betreiberfirma lehnte dies ab mit der Begründung, jede Bauverzögerung würde sie monatlich sechs Millionen DM kosten. Der damalige Wyhler Bürgermeister drohte im Amtsblatt mit einem Zwangsgeld bei Betreten oder Daueraufenthalt auf dem Bauplatz. Die Betreiberfirma warnte für diesen Fall in einem Flugblatt vor hohen Geld- oder Freiheitsstrafen. Am 17. Februar 1975 rückten Baumaschinen auf das 40 Hektar große Gelände im Wyhler Wald an, die ersten Bäume wurden gefällt.

Schon am nächsten Tag kamen 300 Demonstranten – überwiegend Frauen aus den Kaiserstuhlgemeinden – zum Bauplatz und hinderten mit passivem Widerstand die Bauarbeiter an ihrer Arbeit. Sie stellten sich einfach an die Plätze, auf die die Bäume beim Fällen stürzen würden. Die Arbeiter, die das Gelände noch eingezäunt hatten, verließen schließlich zusammen mit den angerückten Polizisten das Gelände, etwa 180 Demonstranten blieben über Nacht. Am nächsten Tag kamen viele AKW-Gegner auch aus dem Elsass, aber in der darauffolgenden Nacht räumten 600 Polizisten mit Hundestaffeln und zwei Wasserwerfern den Platz und zäunten ihn dann mit Panzerdraht (NATO-Draht) ein. Hans Weide war bei dieser Platzbesetzung und der Räumung nicht dabei, aber er hatte hinterher mit vielen Kaiserstühlern gesprochen, die er inzwischen kennen gelernt hatte: „*Sie haben geweint*“, erinnert er sich. Bei der Räumung des Platzes sei die Polizei mit zu großer Härte vorgegangen.

Wiederum einen Tag später hatten die AKW-Gegner zu einer Kundgebung auf der NATO-Rampe in der Nähe des Bauplatzes aufgerufen und etwa 10.000 Demonstranten kamen. Dabei wurde dazu aufgerufen, immer wieder zum Bauplatz zu gehen und mit den dort wartenden Polizisten zu sprechen und für den Rechtshilfefonds zur Finanzierung der Gerichtskosten zu spenden. Es wurden „Rechts-

schutzbons“ aus Papier zu Preisen von 5 DM, 10 DM und 20 DM verkauft, der Erlös sollte in einen Treuhandfonds fließen. Auch Hans Weide hat damals solche Rechtsschutzbons an seine Kollegen von der Bereitschaftspolizei in Lahr verkauft. 2.500 DM hat er auf diese Weise zu dem Fonds beigetragen. *„Viele Kollegen sagten mir unter vier Augen, dass sie ebenfalls gegen die Baupläne waren und mein Verhalten in dieser Angelegenheit bewunderten, sich aber selbst nicht traute, sich offen gegen das geplante AKW einzusetzen“*, berichtet er.

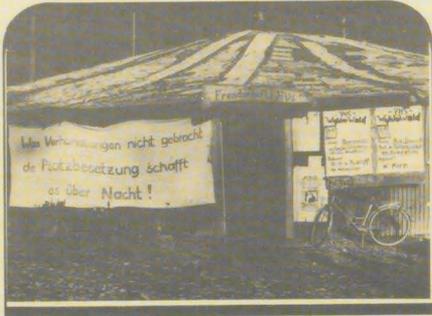
Am Sonntag war eine Großkundgebung in Wyhl geplant. Und auch Hans Weide ging mit Frau und seinen vier Kindern – das Jüngste war erst 1974 auf die Welt gekommen – hin, zusammen mit, wie er schätzt, etwa 10.000 bis 12.000 weiteren Demonstranten. Was Weide nicht wusste: Einige AKW-Gegner nutzten die Gelegenheit zu einer weiteren Platzbesetzung. Die Einheimischen kannten in der wasserdurchzogenen Auelandschaft Schleichwege, um sozusagen von hinten auf den Bauplatz einzudringen, dabei gab es auch Verletzte auf beiden Seiten. Das Gelände wurde wieder besetzt, der damalige Polizeipräsident besah sich die Lage mit dem Hubschrauber aus der Luft und ordnete den Rückzug der zahlenmäßig unterlegenen Polizei an. Die Demonstranten fühlten sich zunächst als Sieger, weil sie den Bauplatz zurückerobert hatten. Aber niemand wusste, was als Nächstes kommen würde.

Hans Weide erfuhr es am nächsten Tag als Erster. Er wurde bei der Bereitschaftspolizei aus dem Unterricht herausgebeten und erhielt den Auftrag, die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei bei der Platzräumung am nächsten Morgen zu führen. Dafür standen mehrere Hundertschaften Polizisten und einige Wasserwerfer bereit. *„Das wäre der größte Polizeieinsatz in der Geschichte von Baden-Württemberg bis zu diesem Datum gewesen“*, betont Weide. Er dachte damals an die vielen Kaiserstühler, die er kennen gelernt hatte und gegen die er nun mit Gewalt vorgehen sollte, und daran, dass er ihre Sache für gerecht hielt und selbst gegen den geplanten Bau war.

Der Ottenheimer fragte einen Kollegen, ob er die Einsatzleitung an seiner Stelle übernehmen könne. Der sagte zu und Weide holte sich auch das Einverständnis des Chefs zu diesem Wechsel. Eine Stunde später musste Weide erneut zu seinem Chef, und erfuhr, dass das Innenministerium angeordnet habe, dass er den Einsatz leiten sollte und nicht der Kollege. Weide vermutet, dass damit überprüft werden sollte, ob er zu seinem dienstlichen Auftrag stand und er hatte auch die möglichen Konsequenzen einer Befehlsverweigerung vor Augen: Die Entlassung aus dem Polizeidienst. Trotzdem sagte er zu

RECHTSSCHUTZBON

ZUR ABWEHR
EINES ATOMKRAFTWERKS WYHL



MIT IHRER SPENDE ÜBER DM 20,-

in den Treuhandfond leisten Sie einen persönlichen Beitrag zur endgültigen Abwehr einer großen Bedrohung unseres heimatlichen Lebensraumes. Ihre Hilfe wird eingesetzt zur bestmöglichen Vorbereitung und Durchführung des zweiten Wyhlprozesses vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim.

**DIE BADISCH-ELSÄSSISCHEN
BÜRGERINITIATIVEN**

Einer der verkauften Rechtsschutzbons im Wert von DM 20,00 (links die Vorderseite, unten die Rückseite mit der Begründung).

Noch kann das Atomkraftwerk Wyhl gebaut werden!

Der Bevölkerung unserer Region ist es zu verdanken, daß dieses Vorhaben bis heute nicht Wirklichkeit geworden ist. Seit mehreren Jahren kämpft sie auf allen Ebenen: unermüdlicher Bürgerprotest, Bauplatzbesetzung, Verhandlungen mit der Landesregierung . . . Jedes gewaltfreie Mittel ist wichtig, vor allem auch die Klagen von Mitbürgern und Gemeinden vor Gericht.

Das Freiburger Verwaltungsgericht hat im März 1977 die Genehmigung für das Atomkraftwerk Wyhl aufgehoben.

In einem Klagepunkt (Berstschutz) hat uns das Gericht zugestimmt. Dadurch hat es deutlich gemacht, daß der Schutz von Leben und Gesundheit Vorrang hat vor der Förderung der Atomenergientzung.

Dieses Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig.

Landesregierung und Kernkraftwerk Süd (Badenwerk und Energieversorgung Schwaben) haben beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim Berufung eingelegt. Das heißt für uns: der Prozeß gegen die KKW-Betreiber geht weiter. Gewinnen wir diesen Prozeß, so sind wir unserem Ziel wesentlich nähergekommen:

„Kei KKW in Wyhl un au sunscht nirgends!“

Diejenigen Mitbürger, die stellvertretend für uns Klage führen, tragen ein hohes persönliches Risiko. Sie können nicht, im Gegensatz zu Landesregierung und Badenwerk, die finanziellen Belastungen auf die Steuer- und Stromzahler abwälzen.

Unser Bemühen, Recht zu bekommen, kostet Zeit, Kraft und Geld. Wir haben diesen Einsatz bisher nicht gescheut. Wir helfen denjenigen, die stellvertretend für alle betroffenen Bürger das Wagnis des Prozesses auf sich nehmen.

Deshalb sind wir alle aufgerufen, in gemeinsamer Verantwortung mit den Klägern die Prozeßkosten und das finanzielle Risiko zu tragen!

Finanziert werden müssen:

- wissenschaftliche Gutachten, die die Schutzansprüche der Bevölkerung unterstützen und absichern,
- qualifizierte Rechtsanwälte mit umfangreichen Erfahrungen auf dem Gebiet des Atomrechts,
- die Prozeßkosten der privaten Kläger.

Diese Kosten werden sich im Bereich sechstelliger Zahlen bewegen!

Ihr Beitrag wird auf das

Treuhandkonto Nr. 10141834 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00)

eingezahlt. Mit dessen treuhänderischen Verwaltung ist Herr K.H. Ulhaas, Steuerberater in Freiburg, beauftragt. Die Spenden werden von ihm im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß der Badisch-elsässischen Bürgerinitiativen zur Abdeckung der oben genannten Kosten eingesetzt. Überschüsse dienen der Abwehr bestehender und geplanter Atomanlagen, insbesondere am Oberrhein. Durch diese Zahlung wird dieser Verwendungszweck anerkannt.

Wir danken Ihnen und bitten Sie: Helfen Sie uns beim Vertrieh der Rechtsschutzbons! Helfen Sie uns auch weiterhin, unsere Überzeugung in die Tat umzusetzen: Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends!

Weitere Bons im Wert von DM 5,- 10,- 20,- 50,- 100,- 500,- zu bestellen über: c/o Öko-Institut, Schönauer Straße 3, 7800 Freiburg; Tel. (0761) 42090 / 42099

DIE BADISCH - ELSÄSSISCHEN BÜRGERINITIATIVEN
Kontaktadresse: Hauptstr. 53, 7831 Weisweil

№ 1875 120-

seinem Chef: „*Ich kann das nicht machen, ich kann das mit meinem Gewissen nicht vereinbaren.*“

Weide fuhr nach Hause, aber das Ganze ließ ihm keine Ruhe, nicht nur, weil er einen Befehl verweigert hatte und die Konsequenzen würde tragen müssen. Er dachte an den Einsatz, den nun ein anderer leiten würde, und – da er sowohl die Entschlossenheit der Polizei wie auch der Demonstranten kannte – an die möglichen schlimmen Folgen für die Kaiserstühler und seine Kollegen. „*Ich muß etwas tun*“, sagte er sich. Er rief Günter Richter an, den evangelischen Pfarrer aus Weisweil. Dieser war ein führendes Mitglied der Widerstandsbe-
 wegung und hatte immer Gewaltlosigkeit gepredigt. Weide nannte seinen Namen nicht, bat Richter aber, sofort wegen einer dringenden Angelegenheit herzukommen. Richter kam und brachte den Mühlenbesitzer Siegfried Göpper mit, den Weide als „Kopf des Widerstandes“ bezeichnet. Dem Polizisten war damals klar, dass er nun gegen das Prinzip der Amtsverschwiegenheit verstoßen würde – ein Dienstvergehen, das für ihn drastische Folgen haben würde, wenn es herauskam. Die Drei trafen sich daher nicht bei ihm, sondern in der Wohnung eines Nachbarn.

Die AKW-Gegner hatten zwar damit gerechnet, dass die Polizei irgendwann versuchen würde, den Platz nochmals zu räumen, aber sie waren entsetzt, dass es schon in wenigen Stunden mit einem solchen Großaufgebot soweit sein sollte. Pfarrer Richter sagte, er kenne die Telefonnummer des evangelischen Landesbischofs Dr. Hans-Wolfgang Heidland und rief diesen an. „*Es war Gottes Fügung, dass ich Heidland erreichte*“, ist sich Richter sicher und dann verwendet er den Begriff „Gottes Fügung“ nochmals, denn der Landesbischof hatte die private Telefonnummer des Ministerpräsidenten Filbinger und rief bei diesem an. „*Wir saßen da mit hängenden Köpfen*“, erinnert sich Weide. Nach einer Stunde kam der erlösende Anruf des Landesbischofs, Filbinger habe den Einsatz noch einmal verschoben.

Was in den nächsten Monaten folgte, ist bekannt, der Platz blieb monatelang besetzt, es wurde sogar ein „Freundschaftshaus“ darauf errichtet, dort fand Unterricht der „Volkshochschule Wyhler Wald“ statt. Schließlich kam es zur Offenburger Vereinbarung zwischen den Bürgerinitiativen, der Landesregierung und der Betreiberfirma, die Auseinandersetzung verlegte sich wieder in die Gerichtssäle, bis vors Bundesverwaltungsgericht. Das wies 1985 die Klagen gegen das geplante Kernkraftwerk im südbadischen Wyhl ab, der Bau des umstrittenen Strommeilers wäre nun möglich gewesen. 1986 ereignete sich jedoch der Super-GAU von Tschernobyl, dessen Folgen auch in

Südbaden zu spüren waren. Von der Landesregierung hieß es dann, das AKW sei „politisch nicht durchsetzbar“, auf den Bau wurde verzichtet.

Und Hans Weide? Sein Verstoß gegen die Amtsverschwiegenheit wurde jahrzehntelang nicht bekannt, da die drei Beteiligten darüber schwiegen. Aber er hatte ja vorher den Befehl verweigert, die Platzräumung zu leiten, und wurde deshalb für unbestimmte Zeit nach Stuttgart abgeordnet – ironischer Weise unter anderem als Beschützer für das Haus des Ministerpräsidenten Filbinger. Als er wieder in den Dienst nach Lahr zurückkehrte, bekam er eine Stabsstelle als Schulleiter, eine reine Schreibtischtätigkeit. Er hatte viele dienstliche Nachteile, befördert wurde er nie mehr, obwohl er sich dafür qualifizieren wollte. Und im Kollegenkreis musste er sich so manche Spitze anhören.

Seinen Widerstand gegen die Atomkraft setzte Weide unbeirrt fort. Als Anfang der 80er Jahre im elsässischen Gerstheim, gegenüber von Schwanau gelegen, Messtürme errichtet wurden und er herausfand, dass ein AKW geplant war, regte er in Ottenheim die Gründung einer Bürgerinitiative an. *„Der damalige Ortsvorsteher Hans Reitter war der Vorsitzende dieser Initiative, ich war der Geschäftsführer“*, sagt Weide. Dazu gehörte, dass er die Besetzung des Platzes von der deutschen Seite aus und die Teilnahme an den Demonstrationen organisierte. Der Widerstand lohnte sich, die Baupläne wurden nicht verwirklicht.

Auch im Widerstand gegen ein geplantes AKW in Meißenheim stand Weide, seit 1971 im Gemeinderat, nach der Gemeindereform Ortschaftsrat von Ottenheim und dann Gemeinderat in Schwanau, zuerst stellvertretender Ortsvorsteher sowie von 1989 bis 2004 Ortsvorsteher in Ottenheim mit vornedran. *„Ich kannte mich durch meinen Beruf im Verwaltungsrecht aus und hatte daher einen entsprechenden Sprachschatz“*, nennt er bescheiden als Grund für seine Führungsrolle.

Im Jahr 2000 wurde seine Rolle in der Verschiebung der Bauplatzräumung in Wyhl plötzlich bekannt, weil Pfarrer Richter in einer Gedenkveranstaltung des SPD-Ortsvereins Weisweil (25 Jahre AKW-Widerstand in Wyhl) darüber sprach. Ein Journalist der Badischen Zeitung berichtete darüber und prompt ging eine entsprechende Meldung bundesweit über die Nachrichtenagentur dpa. Bei Weide stand das Telefon nicht mehr still. *„Das war mir nicht recht, ich hatte Angst, dass mir meine Pension gestrichen wird“*, sagt er ernst. Er will bis heute keinen Ruhm für seine Tat, *„schließlich habe ich ein Dienstvergehen begangen.“* Für ihn sind Männer wie der Pfarrer Günter Richter, der Mühlenbesitzer Sigfried Göpper und der Fischer Baltasar Ehret

die entscheidenden Köpfe im Widerstand gegen das AKW gewesen. Er selbst habe einfach vom Schicksal die Chance bekommen, etwas Wichtiges zu tun. Die nutzte er und hat damit Geschichte geschrieben.

Literatur

Wolfgang BITTNER/Mark von HOFE (Hrsg.): Erlebte Geschichten, „Ich mische mich ein“, Markante deutsche Lebensläufe, Hans Weide „Den Charakter ändert man nicht so schnell“, S. 167-175 ,

Wolfgang STERNSTEIN: „Atomkraft - nein danke“, Der lange Weg zum Ausstieg, S.34, S. 42, S. 52, S.64/65, S. 82, S. 85

Jahrbuch des Landkreises Emmendingen für Kultur und Geschichte Band 26/2012, „Arbeit, ein Leben lang“, Siegfried GÖPPER, „Mehr als 80 Sprossen“, S. 45-62.

Bund Regionalverband südlicher Oberrhein: AKW-KKW Wyhl Chronik: Der Widerstand im Wyhler Wald (Internet),

DER SPIEGEL 14/1975 vom 31.3.1975, „Mer setze uns durch weil mer Recht hen“, Bürgerprotest gegen geplantes Kernkraftwerk Wyhl am Oberrhein

DER SPIEGEL 1/1986 vom 30.12.1985 „Lichter aus“, Das Kernkraftwerk Wyhl darf, nach über zehnjährigem Rechtsstreit, jetzt gebaut werden – doch es fehlt an Bedarf.